

Position

**EU-Ökodesign-Richtlinie: Kriterien
der Ressourceneffizienz müssen
marktgerecht und widerspruchsfrei
sein!**

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Einleitung

Die Europäische Kommission hatte in ihrem Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft vom 2. Dezember 2015 (Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft, 2015/614/EC) festgelegt, dass bei der weiteren Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG Kriterien der Ressourceneffizienz stärker als bisher berücksichtigt werden sollen. Konkreten Niederschlag fand diese Vorgabe in dem am 30. November 2016 veröffentlichten Arbeitsplan 2016 - 2019 der Europäischen Kommission zur weiteren Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie (2016/773/EC). Betroffen sind alle Produktgruppen, für die künftig Durchführungsverordnungen neu entwickelt werden sollen, darunter „Gebäudeautomation und Kontrollsysteme“, „elektrische Wasserkocher“ sowie „Handtrockner“ und „Aufzüge“. Es gilt aber auch für diejenigen Produktgruppen, für die bereits – im Zuge der Abarbeitung der früheren Arbeitspläne – Durchführungsverordnungen vorbereitet werden, darunter die Produktgruppen „Server, Datenspeicher und Zusatzgeräte“. Schließlich werden auch diejenigen Durchführungsverordnungen ins Visier genommen, die bereits in Kraft sind, aber zur Revision anstehen, darunter diejenigen für „Fernsehgeräte und elektronische Displays“. Mit Blick auf das Ressourceneffizienzpotenzial wird zudem untersucht, ob Mobiltelefone, Gateways (Haushaltsnetzwerkausstattung) und Basisstationen für Mobilfunk in den Arbeitsplan aufgenommen werden sollten.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Ansprechpartner
Franz-Josef von Kempis

T: +493020281509
F: +493020282509

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
V.Kempis@bdi.eu

Als Kriterien der produktbezogenen Ressourceneffizienz werden im Arbeitsplan 2016 - 2019 verschiedene Eigenschaften von der EU-Kommission genannt. Inzwischen liegen Entwürfe für Durchführungsverordnungen zu den Produktgruppen „Server“ sowie „Displays“ vor, die auch entsprechende Kriterien zur Ressourceneffizienz enthalten.

Die Betrachtung von Kriterien der Ressourceneffizienz im Rahmen der Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie wurde bereits zuvor von der EU vereinzelt adressiert, zum Beispiel im Rahmen der Durchführungsverordnung für Staubsauger. Die Kommission hatte hierzu eine Durchführungsverordnung erlassen, ohne dass eine Basis entsprechender technischer Prüfnormen vorlag.

Für Produktgruppen im Anwendungsbereich der Ökodesign-Richtlinie ist unstrittig, dass der Energieverbrauch in der Nutzungsphase der mit Abstand wichtigste identifizierte Umweltparameter für Durchführungsmaßnahmen darstellt. Die Aufnahme weiterer Umweltparameter in die Ökodesign-Richtlinie mit Bezug zur Ressourceneffizienz aufgrund politischer Vorgaben sieht die deutsche Industrie daher kritisch.

So dürften Mindestanforderungen an die Lebensdauer von Produkten nur schwer vorzugeben sein. Insbesondere für die langlebigen Investitionsgüter, die für den B2B-Bereich nach individuellen Kundenanforderungen angefertigt werden, richtet sich die Lebensdauer individuell nach Nutzungsintensität und Verwendungsbestimmung. Daher können für beispielsweise komplexe Maschinen keine allgemeingültigen Bewertungsgrundsätze greifen. Fragen zu „trade offs“ und der Angemessenheit dürften nur schwer „neutral“ zu entscheiden sein. Zielkonflikte sind somit vorprogrammiert. Außerdem stehen hierzu taugliche Prüfmethode bisher nicht zur Verfügung. Insbesondere für Lebensdauerprüfungen ist ein nahezu prohibitiv wirkender Zeit- und Kostenaufwand zu erwarten.

Die für die Einhaltung von Vorgaben aufgrund der Ökodesign-Richtlinie schon jetzt schwierige Marktüberwachung dürfte noch langsamer, schwieriger und vor allem teurer werden. Andere, weichere Kriterien wie Ersatzteilverfügbarkeit über x Jahre sind zum Zeitpunkt der Markteinführung nicht überprüfbar.

Die geforderte Recyclingfähigkeit von Produkten (und Materialien), welche schon in der Entwicklungsphase mitgedacht werden soll, weist zwar grundsätzlich in die richtige Richtung, ist jedoch nur schwer überprüfbar und sollte immer einer Aufwand-Nutzen-Analyse unterzogen werden. Vorgaben zur Recyclingfähigkeit machen nur dann Sinn, wenn in entsprechende Recyclingtechnologien investiert wird und eine Rückführung der enthaltenen Materialien oder Produkte in den Kreislauf aus anderen Umweltgesichtspunkten, wie dem Umgang mit Gefahrstoffen, zu befürworten ist. Dazu müsste zunächst auch klar definiert werden, ob

unter Recyclingfähigkeit die Prozessgängigkeit in einem bestehenden Verfahren, eine Materialeigenschaft und/oder eine Produkteigenschaft zu verstehen ist. Das wird gerade intensiv im CEN/CLC TC 10 diskutiert, wo die horizontalen Normen zur Bestimmung von Materialeffizienzaspekten in der Ökodesign-Richtlinie diskutiert werden.

In Bezug auf das Kriterium „Reparaturfähigkeit“ dürfen hier keine Einschränkungen aufgrund von Stoffverboten dieser Forderung entgegenstehen. Andernfalls könnte bei Reparatur, Service oder Wartung langlebiger Wirtschaftsgüter aufgrund fehlender Teile ein wirtschaftlicher Totalschaden entstehen. Um eine „Reparaturfähigkeit“ wie gewünscht zu ermöglichen, sollte durchgängig in allen Regelungen analog das Grundprinzip „repair as produced“ umgesetzt werden.

Die geforderte Kennzeichnung von Gefahrstoffen ist nachvollziehbar aber bestenfalls nur punktuell möglich, ihre Wirksamkeit in der Praxis eher umstritten. Die Kennzeichnung von Kunststoffbauteilen bezüglich des eingesetzten Werkstoffes erfolgt bereits seit vielen Jahren und ermöglicht eine werkstoffspezifische Sammlung ohne weitere Hilfsmittel durch Augenscheinahme.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass bei der weiteren Umsetzung von Ressourceneffizienzanforderungen zunehmend Lieferketten in den Fokus geraten werden. Am Beispiel des Arbeitsdokuments zu Werkzeugmaschinen wird dies deutlich: Von Herstellern wird verlangt, die Präsenz und das Gewicht von kritischen Rohstoffen jeder eingebauten Komponente bestimmen zu können. Es muss dazu aber sichergestellt sein, dass diese Anforderung über die Lieferkette erfüllt werden können. Fallweise Überschneidungen zu anderen gesetzlichen Regelungen wie „Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals“ (REACH), „Waste of Electrical and Electronic Equipment (WEEE)“ und „Restriction of Hazardous Substances (RoHS)“, werden dennoch kaum zu vermeiden sein.

Die Folgeabschätzung der neuen Anforderungen muss ebenso gründlich wie für Energieeffizienzanforderungen ablaufen. Bei der Vorbereitung der Verordnung für elektronische Displays wurde der Anwendungsbereich kurzerhand um industrielle Anwendungen erweitert ohne die Folgen zu untersuchen.

Bei der Einbeziehung von Kriterien der Ressourceneffizienz in die weitere Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie fordert die Industrie daher die Beachtung folgender Grundsätze:

1. Die Entwicklung weiterer Parameter innerhalb der Ökodesign-Richtlinie darf nicht zu Lasten der grundlegenden Gebrauchseigenschaften des betroffenen Produkts gehen.
2. Die Parameter zur Ressourceneffizienz müssen eindeutig relevant für Umwelt und Nutzer sein.

3. Die Parameter zur Ressourceneffizienz müssen ökologisch widerspruchsfrei sein und Zielkonflikte gegebenenfalls klar adressieren.
4. Die Parameter müssen immer technologieneutral formuliert werden. Anstelle einer Vorschrift von Technologien sollten Ziele benannt werden.
5. Inkonsistenzen zu wichtigen sicherheitsrelevanten Anforderungen für Produkte müssen vermieden werden.
6. Doppelregulierungen oder Inkonsistenzen zu bereits bestehenden Regulierungen wie REACH, WEEE oder RoHs müssen ausgeschlossen sein.
7. Produkte, die bereits von bestehenden Regelwerken erfasst werden, die das gleiche Ziel wie die Ökodesign-Richtlinie bezwecken, müssen dem Anwendungsbereich der Ökodesign-Richtlinie entzogen werden bzw. bleiben.
8. Bei der Umsetzung von Parametern zur Ressourceneffizienz müssen Aufwand und Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis stehen und es dürfen keine Innovationshemmnisse für Unternehmen entstehen.
9. Die Anforderungen müssen produktspezifisch betrachtet werden.
10. Die Parameter müssen auf eindeutigen Definitionen fundieren.
11. Anforderungen hinsichtlich der Rohstoffeffizienz müssen in der Regel schon in der Konstruktions-/Designphase eines Produktes eingeplant werden. Da entsprechende Lösungen meist nicht in bestehende Konstruktionen eingebaut werden können, bedarf es einer Übergangsfrist, die es den Herstellern ermöglicht, in Kooperation mit der Lieferkette geeignete Lösungen produktspezifisch zu entwickeln und umzusetzen.
12. Die Anforderungen müssen durch die Marktüberwachung überprüfbar und durchsetzbar sein.
13. Die Folgeabschätzung der neuen Anforderungen muss ebenso gründlich wie für Energieeffizienzanforderungen ablaufen.

Über den BDI

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 36 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund 8 Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Ansprechpartner

Franz-Josef von Kempis
Referent
Telefon: +49 (30) 2028 1509
v.kempis@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D 0889